KOMMENTAR 24.02.2014 | René Wildangel

# Merkel in Jerusalem

Was die Bundeskanzlerin als Freundin Israels schon längst hätte sagen sollen.

Es ist erst wenige Tage her, dass Martin Schulz einen vermeintlichen Eklat im israelischen Parlament, der Knesset, erlebte. Was hatte er gesagt? Dass Palästinenser deutlich weniger Wasser als Israelis zur Verfügung haben – eine hinlänglich bekannte und belegte Aussage, auch wenn Schulz unglücklicherweise Zahlen nannte, die er vorher nicht verifiziert hatte. Dabei erwähnte er nicht einmal, dass in einem Großteil der Westbank palästinensische Gemeinden überhaupt nicht an das Wasserversorgungsnetz angeschlossen sind.

Außerdem brachte Schulz vor, dass die Blockade des Gazastreifens kontraproduktiv und die Siedlungspolitik ein Haupthindernis zum Frieden sei. Diese an sich wenig provokanten Aussagen lösten einen Sturm der Entrüstung aus, in dem Schulz unter anderem in die Nähe des Antisemitismus gerückt wurde. In der *Süddeutschen Zeitung* verstieg sich die israelische Knessetabgeordnete Einat Wilf zu der kruden These, die "tiefe Symbolik" des Wassers sei nur „einen Schritt entfernt" von der antisemitischen Ritualmordlegende. Auf groteskere Weise kann man Kritiker der israelischen Besatzungspolitik kaum diffamieren. Jetzt reist Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Israel. Von Staatspräsident Peres wird sie einen Orden verliehen bekommen für ihr "unablässiges Engagement für Israels Sicherheit, Einsatz für Bildung gegen Antisemitismus und herausragende moralische Führungsqualitäten". Vier Vorschläge für die frisch gebackene Ordensträgerin:

## Historische Verantwortung: Aber wofür?

Eine Ordensträgerin für israelische Sicherheit sollte deutlich sagen, welche Verantwortungen sich aus der deutschen Geschichte ergeben – und welche nicht. Deutschland trägt eine historische Verantwortung für die Shoa. Daraus resultiert eine Verpflichtung zum weltweiten Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus. Das bedeutet insbesondere auch

eine Verpflichtung für jüdisches Leben und Kultur weltweit, welche die Nationalsozialisten mit ihrer Vernichtungspolitik ausmerzen wollten.

Dies ist aber nicht mit einer uneingeschränkten Unterstützung für die gegenwärtige israelische Regierung zu verwechseln, von der sich Millionen Jüdinnen und Juden in der gesamten Welt auch gar nicht vertreten fühlen. Die historische Verantwortung Deutschlands kann nicht auf Merkels Dogma von der Sicherheit Israels als deutsche „Staatsraison“ verengt werden. Das gilt umso mehr, da die derzeitige israelische Regierung eine Politik betreibt, die nicht nur einer Beendigung des Nahostkonflikts im Wege steht, sondern durch die Fortsetzung der Besatzungspolitik auch unmittelbar die Sicherheit Israels gefährdet. Teile von Netanyahus Rechtskoalition sehen die Westbank als „jüdisches Kernland“ an. So entstehen zwischen Mittelmeer und Jordan nicht zwei Staaten, sondern ein einziges Staatsgebilde, in dem Israel über die Palästinenser Herrschaft ausübt, oder sie dauerhaft in autonome Enklaven drängt. Der israelische Autor Gershom Gorenberg hat diesen Weg mit dem Titel „Israel schafft sich ab“ beschrieben, auch kritische israelische Beobachter fürchten sich vor einer Zukunft als Apartheidheitsstaat.

## Israels falsche Freunde

Eine Ordensträgerin für israelische Sicherheit sollte die Hindernisse zu einer Friedensregelung offen benennen. Israel wird nicht nur vom Iran oder der Hisbollah bedroht, wie Netanyahu glauben machen will. Es ist die israelische Regierung selbst, die mit ihrem Anti-Friedenskurs das Land gerade in die internationale Isolation zu führen droht. Mit ihren Hardliner-Positionen macht die israelische Regierung eine friedliche Regelung, wie sie derzeit der amerikanische Außenminister John Kerry anstrebt, unmöglich: Einen palästinensischen Staat mit Hauptstadt Jerusalem in den Grenzen von 1967 lehnt sie ab.

*Jene „Freunde Israels“, die Kritik nicht wahrhaben wollen und die meinen, mit der Unterstützung selbst noch so einseitiger Positionen der israelischen Regierung in den Verhandlungen israelische Interessen zu verteidigen,*

Rüstungslieferungen oder stetig vertiefte bilaterale Regierungsbeziehungen sind so kein Beitrag zu Israels Existenz als demokratischem Staat, sondern zur Verlängerung des gegenwärtigen Status Quo. Jene „Freunde Israels“, die Kritik nicht wahrhaben wollen und die meinen, mit der Unterstützung selbst noch so einseitiger Positionen der israelischen Regierung in den jetzigen Verhandlungen israelische Interessen zu verteidigen, fügen dem Land in Wirklichkeit den größten Schaden zu.

*fügen dem Land in Wirklichkeit den größten Schaden zu.*

## Wichtige Rolle der EU

Eine Ordensträgerin für israelische Sicherheit sollte sich für eine eigenständige, aktive EU-Politik auf dem Boden des Völkerrechtes einsetzen. Eine, wenn auch nur passive, Unterstützung für Siedlungspolitik ist eine falsche, geradezu perverse Lehre aus der deutschen Geschichte. Genau dies wurde aber vielfach nach den letztes Jahr veröffentlichten „EU-Richtlinien", die verhindern sollen, dass Siedlungsprodukte wie Produkte aus Israel eine Zollpräferenz erhalten, postuliert. Da gab es Stimmen, die behaupteten, Deutschland könne eine solche Politik aufgrund der Geschichte – insbesondere des nationalsozialistischen Boykottes jüdischer Geschäfte in Deutschland im April 1933 – nicht mittragen. Abgesehen davon, dass dies keine "Boykottbewegung" ist, sondern ein konkreter Schritt zur Umsetzung bestehenden EU-Rechts und hin zu einer transparenten Kennzeichnung, die es Kunden möglich macht, zwischen Produkten aus Israel und aus Siedlungen im Westjordanland zu unterscheiden: Wie geschichtsvergessen muss man sein, um die nationalsozialistische Rassenpolitik mit politischen Maßnahmen gegen illegale Siedlungen gleichzusetzen? Siedlungen, deren Bewohner nicht nur durch den Land- und Ressourcenraub einen palästinensischen Staat unmöglich machen, sondern auch durch ihre teils rassistische Ideologie und oftmals brutalen Attacken auf palästinensische Gemeinden auffallen.

*Wie geschichtsvergessen muss man sein, um die nationalsozialistische Rassenpolitik mit politischen Maßnahmen gegen illegale Siedlungen gleichzusetzen?*

Jüdische Siedlungen in der Westbank sollten mit allen verfügbaren legalen Mitteln unter Druck gesetzt werden, sie sind nach internationalem Recht illegal und gehören nicht zu Israel. Gerade Deutschland muss diesen Weg des konkreten Handelns seitens der EU unterstützen. Das wäre ein wichtigerer Beitrag für die praktische Umsetzung der Zweistaatenlösung als jede rhetorische Unterstützung für John Kerry.

## Besuch im Jordantal

Eine Ordensträgerin für Israels Sicherheit sollte nicht nur Israel besuchen und dort hochrangige Gespräche führen, sondern sich selbst ein Bild von der Lage vor Ort verschaffen. Ein Besuch im Jordantal, in Hebron oder

im Gazastreifen könnte konkret die Probleme vor Augen führen, die Martin Schulz beschrieben hat. Im Jordantal beuten israelische Siedlungen palästinensisches Land sowie dessen Ressourcen (insbesondere Wasser) aus, während die palästinensischen Gemeinden überhaupt keinen Zugang dazu haben. Die palästinensischen Bewohner sind ständig mit der drohenden Zerstörung ihrer Häuser konfrontiert und dürfen ihre eigenen Gemeinden nicht entwickeln, da sie keine Baugenehmigungen erhalten.

*Mit Leisetreterei könnte die Kanzlerin zwar erreichen, dass bei ihrer Rede diesmal auch die Ultrarechten sitzen bleiben. Doch das wäre politisch fatal.*

Während über Frieden verhandelt wird, wird in Jerusalem und der Westbank der israelische Siedlungsbau vorangetrieben. In der Altstadt von Hebron schikanieren 600 radikale, bewaffnete Siedler täglich das Leben von mehr als 35.000 Palästinensern. In Gaza leben 1,7 Millionen Menschen unter einer anhaltenden militärischen Blockade, welche die Zivilbevölkerung trifft und der regierenden Hamas in die Hände spielt. All das ist nicht nur fatal für die Palästinenserinnen und Palästinenser, die damit direkt konfrontiert sind, sondern auch kontraproduktiv für die israelische Sicherheit.

## Leisetreterei hilft nicht

Eine Ordensträgerin für israelische Sicherheit sollte diese unbequemen Wahrheiten in Israel laut und deutlich ansprechen. Mit Leisetreterei könnte die Kanzlerin zwar erreichen, dass bei ihrer Rede diesmal auch die Ultrarechten sitzen bleiben. Doch das wäre politisch fatal. Rechte Politiker wie Naftali Bennett und seine Parteifreunde vom „Jüdischen Haus“ sehen sich mit ihrem ideologischen Anspruch auf die Westbank im Recht. Sie wollen jede Kritik an der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik verhindern und geißeln sie als Antisemitismus. Ihnen muss unmissverständlich widersprochen und eine klare politische Haltung entgegengesetzt werden, wenn der Anspruch auf zwei in Sicherheit nebeneinander existierende Staaten im Nahen Osten noch ernst genommen wird. Das wäre ein langfristiger und nachhaltiger Beitrag zu Israels Sicherheit, der sogar einen Orden verdient hätte.



**René Wildangel**
Berlin

Dr. René Wildangel ist Historiker und Autor mit Schwerpunkt Naher Osten und östliches Mittelmeer. Er ist affiliierter Wissenschaftler am Leibniz Zentrum Moderner Orient in Berlin. Er leitete das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah und gab 2022 mit Jan Busse das Buch *Das Rebellische Spiel* zum Fußball in der arabischen Welt heraus.

## 26 LESERBRIEFE

### **S.Mathias** schrieb am 24.02.2014

Israel ist und bleibt die einzige Demokratie im Nahen Osten. Merkel kann ja mal versuchen, vergleichbare Kritik in Jordanien, Ägypten oder im Libannon an den Mann zu bringen... Das dürfte dann aber ein kurzer Besuch werden. Und wenn es irgendwo Bedarf an einer anderen Politik gibt, dann ja wohl in "Palästina".
Mit bestem Gruß!

### **KaRa** schrieb am 25.02.2014

Bravo, Herr Wildangel, Danke für Ihren hervorragenden

Kommentar. Allein ein Blick in die aktuellen Nachrichten aus der Westbank an diesem Morgen, an dem die Bundeskanzlerin mit ihrem Kabinett nur wenige Kilometer entfernt ihren Orden empfängt und keine Konsequenzen fordernde Statements in Richtung einer ernsthaften Umsetzung der Zweistaaten-Lösung von ihr abgegeben werden, passieren Clashes auf dem Tempelberg in Jerusalem; werden Kinder auf ihrem Schulweg in Hebron mit Tränengas und Soundbombs beschossen, wird 40 Beduinenfamilien des Nahalin Stammes in Ostjerusalem die Order zur Zerstörung ihrer Häuser ausgehändigt, um sie zu vertreiben; werden in vielen Orten palästinensische Jugendliche und Männer von iraelischem Militär verhaftet usw. Die Liste lässt sich fortsetzen. Frau Merkel, machen Sie endlich die Augen auf und schauen Sie, was wirklich los ist. Sagen Sie Ihren Freunden, dass dieser Weg "Mit Höllentempo" an den Abgrund führt (So der Buchtittel von Michael Warschawski)

---

**C. Santana** schrieb am 25.02.2014

---

@ S. Mathias... Israel ist eine Demokratie nur fuer Juden... Die Palaestinenser (Christen & Moslime) in

Palaestina wie auch in Israel haben laengst nicht die gleichen Rechte (wenn ueberhaupt)wie die Juden... Betreff Jordanien, Lebanon & Aegypten: vielleicht wissen Sie es noch nicht, aber diese besetzen kein Land anderer Leute... waehrend Israel eine Besatzungsmacht ist... Ich hoffe, dass Sie mindestens diese Tatsache anerkennen werden...

---

**U.Wa.** schrieb am 25.02.2014

Sehr einseitige, fast egomanische Darstellung der Sichtweise. Wo sind die Angriffe aus dem arb. Raum im Norden, im Süden? Seit wann ist die Hamas eine gute Organisation, sie ist eine Terrororganisation. Selbst Ägypten schottet diese ab. Also mehr Realismus.
Selbst M. Schulz hat nicht korrekt im Parlament argumentiert, wie er selbst zu gab. Keine Halbwahrheiten, die gibt es schon genug auf allen Seiten.
U. Wa-

---

**K.Guth** schrieb am 25.02.2014

Herzlichen Dank für diesen deutlichen Kommentar. Frau Merkel und ihre Minister sollten nur einmal die

Berichte der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem lesen oder sich die Berichte israelischer Soldaten im Buch "Breaking the Silence" anschauen, um ihren Blick auf die Realität zu lenken.

---

**Gerhard Dilschneider** schrieb am 25.02.2014

Sehr herzlichen Dank für den ausgezeichneten Artikel. R. Wildangel nimmt damit auch den Hilfeschrei der palästinensischen Christinnen und Christen auf, der in dem Kairos-Palästina-Dokument vom Dezember 2009 zum Ausdruck gebracht wurde. Gerade eine christ-demokratische Regierung sollte sich für die Durchsetzung von Menschen- und Völkerrecht einsetzen. Kein Konflikt ist so präzise dokumentiert wie der zwischen Israel und Palästina. Aber es fehlt der internationale Wille, wirklich etwas zu ändern. Israel sonnt sich weiter in Unschuld und Straflosigkeit.

---

**H.G.** schrieb am 25.02.2014

Kann es sein, dass ein Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung (was der Autor René Wildangel ist) in so einer zentralen Frage deutscher Außenpolitik den

Leitkommentar des ipg-Journals schreibt? Vor allem zu einem Zeitpunkt, wo die SPD den Außenminister stellt (und ganz andere Positionen als der Autor vertritt)?

---

**Andrew Walde** schrieb am 26.02.2014

---

Dieser Kommentar ist an Einseitigkeit kaum noch zu übertreffen. Keine Kritik an der Rolle der Hamas und den Herrschenden in Ramallah. Stattdessen Weglassungen und Halbwahrheiten.
Natürlich ist die israelische Politik zu kritisieren und oftmals nicht hilfreich, Das haben Politiker aus der ganzen Welt und aus Israel immer wieder betont - dort dürfen Oppositionelle nämlich frei reden. In Gaza wird man dafür gefoltert und erschlagen, wenn man kritisiert, dass die palästinensische Führung nur blockiert und noch immer nicht bereit ist, das Existenzrecht Israel anzuerkennen, Israel mit Raketen beschießt, Selbstmord-Attentäter ausbildet und fördert.
Von den Lügen über die Wasserverteilung mal ganz zu schweigen. Springbrunnen auf Kreuzungen, gigantische Pools in den Gärten der Millionärs-Villen im Westjordanland. Kein Wort davon in dem Kommentar. Aber Israel ist an allem Schuld.

Ich will damit nicht sagen, dass die Palästinenser allein Schuld sind. Aber sie haben es in der Hand, dass endlich konsequent verhandelt wird. Und da sie es nicht freiwillig tun, hilft nur Druck.

---

**Damaris J.** schrieb am 26.02.2014

---

Dieser Geschichtsrevisionismus macht mich echt richtig wütend. Ich hab ne Böll Stiftung um die Ecke, mal sehen, mir wird was lustiges einfallen.

http://jungle-world.com/artikel/2009/36/38805.html

---

**B.S.** schrieb am 26.02.2014

---

Bei einer unmittelbaren Rückkehr zu den Grenzen von 1967 wäre der syrische Bürgerkrieg im Herzen Israels angelangt: Israelische Bürgerinnen und Bürger - Juden, Christen, Moslems - wären den unsäglichen Grausamkeiten der Milizen und der Soldateska ausgesetzt. Andererseits ist die Besetzung der Westbank eine Situation, die beendet werden muss - allerdings nicht auf dem vom Autor insinuierten Weg. Gegenseitige wirkliche Anerkennung der Staatswesen ist Prämisse

dafür. Davon ist Hamas Lichtjahre entfernt, ebenso leider Teile der Fatah. Hinsichtlich des Textes von Dilschneider, der aus klerikaler Perspektive glaubt, den Autor loben zu sollen, wird einem schlecht. Nirgends sind die Christen hilfloser als in Syrien oder im Irak oder in Teilen Libanons. Dass euopäische Personen, die sich dem Christentum zuordnen und ihre mangelnde Sachkenntnis dem Kairos-Palästina-Dokument konnotieren, sich derart äußern ist an der Grenze des Ekels.

---

**Liman** schrieb am 26.02.2014

---

Nur so am Rande:
Economics Minister, EU Parliament head meet one week after ruckus over Knesset speech.
http://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/177645#.UwtypoXEGBQ

---

**Stefan Joel H** schrieb am 26.02.2014

---

Der Nächste bitte!
Die Böllstiftung holt schon wieder mal ein Kasperle aus der Trickkiste um das dumme unmündige Volk zu

verschaukeln.
Da wird Einem vorgegaukelt, dass "Netanyahus Rechtskoalition", gegen den Willen der Bevölkerung arbeiten und Judea/Samaria, als Jüdisches Kernland betrachten würde.
Unerwähnt bleibt dabei, dass 97 % der Juden und 62 % der Araber in Israel, diese Haltung mittragen. Es gibt bereits erste Massenproteste, gegen eine 2-Staatenlösung.
Bei den in Deutschland lebenden Juden, dürften fast 100 % zusammen kommen.
Wenn EU-Richtlinien eine Trennung zwischen Israel und dem Westjordantal, durch verschiedene Kennzeichnung von Produkten vorsieht, dann sind diese Richtlinien antisemitisch.
Wir sehen der Entwicklung in Europa aber gelassen entgegen. Wir sind es gewohnt, immer Schuld zu sein, wie Juden in der Geschichte schon immer Schuld waren.
Wir lassen uns nicht mehr freiwillig zur Schlachtbank führen. Auch nicht zur Schlachtbank der EU.

---

**T.Harald** schrieb am 26.02.2014

---

Lieber HG, da haben Sie natürlich VÖLLIG Recht. Jeder Beitrag zu "zentralen Fragen" (Ukraine, Russland,

Frankreich, Israel, Iran, Bundeswehreinsätze, USA, NATO, Drohnen und Flüchtlingspolitik) sollte vor der Veröffentlichung von der Informationsabteilung des Parteivorstandes o.ä. diskutiert und geprüft werden. Im Anschluss sollte dann ein Parteivorstandsbeschluss erwirkt werden, der eine Veröffentlichung im online Magazin ermöglicht.
Spaß beseite: Ich habe mich gefreut, hier mal einen Vertreter der Boell Stiftung anzutreffen. Man muss nicht einer Meinung sein aber der Austausch tut auch bei Widerspruch gut.

---

**Schwarz.K1** schrieb am 26.02.2014

---

Wenn ich mir die Kommentare so anschaue, dann fehlt jetzt eigentlich nur doch der Verweis auf die HAMAS CHARTA. Die wird doch sonst von den Israelapologeten immer sofort aus dem Hut geazubert. Zwar ist die aus dem Jahr 1987 aber das tut dem keinen Abbruch, denn man kann sie ja so schön zitieren.
Ich empfehle die Lektüre des aktuellen LIKUD Parteiprogrammes (auf der Knesset Webseite auf Englisch einzusehen), das sich offen gegen die Errichtung eines pal. Staates ausspricht.

Auch dass UN, EU, IMF und WELTBANK der Autonomiebehörde seit Jahren bescheinigen, die Korruption bekämpft zu haben und verwaltungstechnisch längst bereit für einen Staat zu sein stört in der einseitigen Betrachtung nur. Damit will ich nicht sagen, dass nicht auch die Palästinenser Fehler machen. Aber es ist doch sonnenklar, wer aktuell vom Status Quo profitiert.

---

**Winfried Belz** schrieb am 26.02.2014

---

Vielen Dank, Herr Wildangel, für Ihren Artikel!

Wie lange wird die falsche Politik Deutschlands Israel gegenüber noch weitergehen?

Sind Politiker in Sicht, die einen neuen Weg der deutschen Außenpolitik gegenüber Israel/Palästina beschreiten wollen/können? Eine Politik, die ein Beitrag zu einem gerechten Frieden für beide Völker ist!

---

**H.G.** schrieb am 26.02.2014

---

@ T.Harald: Es ist für mich schon ein Problem, wenn die

SPD-nahe FES einen Kommentar der Grünen-nahen HBS veröffentlicht, solange die SPD in der Regierung und die Grünen in der Opposition sind - vor allem dann, wenn der Kommentar so kritisch mit der aktuellen Regierungspolitik der CDU-SPD (!)-Regierung umgeht und den Grundpfeiler deutscher Außenpolitik (Verantwortung für Israel) in Frage stellt. Der Kommentar trifft doch am Ende Außenminister Steinmeier, nicht Merkel. Ist das das Ziel der FES? Ich hoffe doch nicht!

---

**L. Klein** schrieb am 26.02.2014

Eine der berühmten Anfragen an den Sender Jerewan lautet: "Gibt es einen Unterschied zwischen Touristen und Terroristen?" Antwort: "Im Prinzip Ja - Terroristen haben Sympathisanten!" Genau das bringt der Artikel des Herrn Wildangel zum Ausdruck! Die Lüge des angeblich völkerrechtswidrigen Handelns Israels in Sachen "Siedlungen" wird durch ständiges Wiederholen nicht wahrer!

---

**Ein Deutscher in Israel** schrieb am 26.02.2014

Wieso wird immer nur Israel beschuldigt, keinen Frieden haben zu wollen ??
Warum haben sie nicht einmal die Raketenangriffe auf Israel erwähnt ?

Glauben sie mir , ein Großteil, wenn nicht der größte , der Araber in der Region würden gerne in Israel leben. Fragen sie mal nach.

Ich sage nicht, dass Israel keine Fehler macht, aber so einen einseitigen Kommentar kann man nicht veröffentlichen. Dieser Kommentar vermittelt ein total falsches Bild der Lage.

---

**Eva** schrieb am 26.02.2014

---

Es wird Zeit all den abertausenden Ngo's, 1Mann Ngo's, BriefkastenNgo's und Stiftungen im Westjordanland die Tür zu weisen.

All diese ideologischen Witzfiguren (wie Dr. René Wildangel), wovon im Westjordanland noch Tausende rumspringen und ihr Unwesen in Ramallah treiben (dem Eldorado aller ideologischen NGO's und Stiftungen).

Diese völlig pervertierte Wohlfahrtswirtschaft gekoppelt an Ideologietransfers und die tausende ideologisch Verlotterten, führen Forschungsrichtlinien, universale Konzepte von Menschenrechten und die Leitlinien von NGO-Arbeit ad Absurdum. Eurozentristische Ngo-Arbeit am Judenstaat, es nervt einfach nur noch.

Alle Ngo's und Stiftungen raus dort - oder wenigsten sich verpflichten die aller grundsätzlichsten Regeln und Leitlinien von NGO Arbeit zu achten!

Oxfam bspw. finanziert die Terrororganisation der PFLP. So siehts aus!

http://www.a3wsaar.de/fileadmin/user_upload/flugschrift/flugschrift-hilfsbusiness-vorsicht-die-helfer-kommen-2013-12.pdf

---

**Sinia** schrieb am 26.02.2014

---

Lieber Herr Wildangel, vielen Dank für einen hevroragenden Zwischenruf! Wie nötig der ist zeigt nicht zuletzt die Debatte hier im Forum. Wie immer: Den vorgeblichen Israelfreunden fällt außer persönlichen

Attacken und dem Vorwurf der selektiven Kritik nichts ein.

---

**B.S.** schrieb am 26.02.2014

---

@Diskursteilnehmer: Es geht nicht um persönliche Attacken. Aber politische Statements werden nun mal von irdischen Personen und nicht von Außerirdischen artikuliert - und wer glaubt, sich antiisraelisch exponieren zu müssen, hat sachliche Kritik zu gewärtigen. Und "selektive" Kritik: Ja, diese Beobachtung trifft zu, wenn auch anders, als Sinia meint: Israel wird im globalen Kontext hervorgehoben und selektiv kritisiert. Kein anderes Land wird derart unter die Lupe genommen. Siehe Iran oder Saudi Arabien: Wir steigen ins Business ein und sehen darüber hinweg, dass dort Schwule gehängt werden. Wenn dann noch Personen aus dem kirchlichen Kontext "ihre Stimme erheben" - und z.B. die Gaza-Flottile unterstützen - erinnert das an düstere Zeiten. Eva überspitzt zwar, kommuniziert aber authentische Wahrnehmungen. Danke.

---

**Jan Schäfer** schrieb am 26.02.2014

---

ich weiß gar nicht, worüber sich einige der kommentatoren hier aufregen. nirgendwo wird beschrieben, dass die hamas ein balettverein wäre oder die führung in ramallah bar jeder fehl. das sind ja auch dinge bei denen es keine großen diskrepanzen mit merkel geben dürfte. man kann erwarten, dass sie selber dort das anspricht was anliegt. aber es geht doch erstmal hier um das deutsch-israelische Verhältnis, da ist es doch logisch, dass der autor sich darauf konzentriert was merkel dort ansprechen sollte.

---

**Ein Deutscher in den besetzten Gebieten** schrieb am 26.02.2014

---

Zitat von dem Deutschen in Israel "Glauben sie mir , ein Großteil, wenn nicht der größte , der Araber in der Region würden gerne in Israel leben. Fragen sie mal nach."

Korrekt. Das liegt allerdings mehrheitlich daran, dass sie - oder ihre Elterngeneration - zwischen 1947 und 1949 von dort gewaltsam oder unter Gewaltandrohung vertrieben wurden. Aus den damals 700.000 Flüchtlingen wurden mit der Zeit 4,5 Mio Menschen, welche sich ganz

einfach nach ihrer Heimat, dem Mandatspalästina, sehnen.

---

**Ein Deutscher in Israel** schrieb am 26.02.2014

---

Lieber Deutsche in den Gebieten,
Sie wissen ganz bestimmt, was ich mit meinem Satz gemeint habe, oder ?

Hat Israel also kein Existensecht ?

Und wer hat den Krieg 1948 begonnen ??

Hätten die Araber damals dem Teilungsplan zugestimmt anstatt Israel von allen Seiten anzugreifen, sehe es heute ganz anders aus, nicht ?

---

**Dr. Scholz** schrieb am 02.03.2014

---

Sehr geehrter Herr Wildangel,

vielen Dank für Ihre Analyse und Darstellung der Situation in Israel und den besetzten Gebieten Palästinas.

Man kann nur hoffen, dass Ihr Artikel auch im Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt gelesen wird.
Selbstverständlich wäre zu hoffen, dass die Meinungsmacher in den entscheidenden Medien (Tagesschau, heute , FAZ, Spiegel etc.) ebenfalls Ihren Artikel lesen würden und so einmal ihren Horizont erweitern. Das wäre sicherlich positiv für die Demokratie, die Menschenrechte und die Situation der Menschen in der Krisenregion. Es mussten schon zu viele Eltern Ihre toten oder verkrüppelten Kinder beklagen!!!

Viel Glück und Erfolg weiterhin!

---

**Al-Jifnawi** schrieb am 24.03.2014

---

vielen Dank Herr Wildangel!
Ihren Beitrag habe ich sehr gerne gelesen.

---